

Niederschrift
über die Gemeinsame öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Montag, 10.09.2012
Sitzungsbeginn:	20:02 Uhr
Sitzungsende:	21:16 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur

Anwesend sind:

Herr Frank Hille
Herr Jürgen Behler
Herr Hans-Jürgen Back
Herr Fabian Gies
Herr Michael Goetz
Herr Philipp Hesse
Frau Annemarie Hühn
Herr Gerhard Kroll
Frau Maria März
Frau Carla Mönninger-Botthof
Herr Friedhelm Wieber

Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Anwesend sind:

Herr Nils Runge
Herr Jochen Metz
Herr Jürgen Berkei (Vertreter für Herrn Stephan Klenner)
Herr Frank Drescher
Herr Dieter Erber (Vertreter für Frau Ulrike Quirmbach)
Herr Werner Hesse
Herr Winand Koch
Frau Handan Özgüven
Herr Stefan Rhein
Herr Klaus Ryborsch
Frau Hannelore Schneider

Stellv. STVVorsteher/in:

Frau Ilona Schaub
Herr Wolfgang Salzer

Fraktionsvorsitzende:

Herr Michael Feldpausch

Stadträtin/Stadtrat:

Herr Helmut Hahn

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Entschuldigt fehlen:

Frau Andrea Grigat-Thierau (FA II)
Frau Dr. Uta Gruß (FA II)
Herr Frank Bonacker (FA III)
Herr Stephan Klenner (FA III), Vertreter Herr Berkei
Frau Ulrike Quirmbach (FA III), Vertreter Herr Erber
Herr Manfred Thierau (FA III)
Frau Olga Schmitt
Herr Hans-Georg Lang

Zusätzlich anwesende Stadtverordnete:

Herr Michael Dickhaut
Herr Markus Becker
Herr Reinhard Kauk

Zusätzlich anwesende Stadträte:

Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Bernt Klapper
Herr Bernd Zink

Gäste:

Herr Langer (Hessen Mobil)
Herr Friauf (Hessen Mobil)
Herr Kunze (Hessen Mobil)
Frau Kneisel (Hessen Mobil)

Von der Verwaltung:

Herr Klaus Hütten
Herr Hubertus Müller

Schriftführer:

Herr Peter Schunk

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Vorstellung der Planung zur Tieferlegung der B 454 (3. Bauabschnitt)
- 3 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Jochen Metz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Besonders begrüßt er die Vertreter von Hessen Mobil, außerdem von der Verwaltung Herrn Hütten und Herrn Müller, den Schriftführer sowie den Vertreter der Oberhessischen Presse, Herrn Lerchbacher. Außerdem richtet er einen Gruß an die zahlreich erschienenen Zuschauer.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass bei dieser Sitzung verabredungsgemäß auch diejenigen Mitglieder des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung Rederecht haben, die nicht den beiden tagenden Ausschüssen angehören.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwände ergeben sich nicht.

Zu 2 Vorstellung der Planung zur Tieferlegung der B 454 (3. Bauabschnitt)

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert kurz die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit. Nachdem im Jahre 2005 begonnen wurde, das Projekt zu planen, wurde bereits 2006 das Parlament im Einzelnen unterrichtet. Bereits seinerzeit wurde die grundsätzliche Zustimmung der Stadt gegeben. Nach der nunmehr erneuten Vorstellung des Projekts soll bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09. eine gemeinsame Position der Stadt erarbeitet und als Stellungnahme zur Planfeststellung abgegeben werden.

Nachdem Herr Kunze von Hessen Mobil eine kurze Einleitung in die Thematik gegeben hat, erläutert Herr Friauf die Pläne im Einzelnen. Herr Langer konzentriert sich in seinem anschließenden Vortrag ausschließlich auf Lärm- und sonstige Immissionen.

Herr Ausschussvorsitzender Metz bedankt sich für die Vorträge und gibt die Fragestunde frei.

Herr StV Wieber fragt nach, was passiert, wenn die gemessenen Werte höher als die prognostizierten seien. Herr Langer erläutert, dass es sich um eine anerkannte physikalische Berechnung handelt. Eine Messung von Schallimmissionen erfolgt im Zusammenhang mit der Planung nicht. Spätere Messungen würden nicht anerkannt. Wenn sich allerdings die Verkehrszahlen

aufgrund einer sog. „fehlgeschlagenen Prognose“ änderten, würde eine neue Berechnung durchgeführt. Ergebe die neue Berechnung eine Differenz von mehr als 3 dB, erfolge eine wie auch immer geartete Nachrüstung.

Herr StV Hille fragt nach, wie die Lärmbelastung in Freibereichen behandelt werde, da die meisten Häuser ihre Gärten in Richtung Straße hätten. Herr Langer antwortet, dass diese Bereiche, soweit sie der Erholung dienen, in der Regel auf Höhe des Erdgeschosses lägen und somit von den diesbezüglichen Berechnungen erfasst seien. Wenn sich im Obergeschoss Balkone befänden, die von erhöhten Werten betroffen seien, könnten dort passive Lärmschutzmaßnahmen vorgenommen werden.

Herr Stadtrat Klapper fragt nach, inwiefern Feinstaubbelastung berechnet worden sei. Herr Langer antwortet, dass die Feinstaubbelastung berechnet worden sei, jedoch nicht planungsrelevant sei, weil vorher schon eine Straße bestand und die Mehrung nicht ins Gewicht falle. Herr StV Koch fragt nach, ob das eingezeichnete Bauwerk in Höhe des Kronpfades eine Aufwallung sei. Herr Langer erläutert, dass es sich um einen Einschnitt handle, allerdings bestehe natürlich die Möglichkeit, dass die Stadt hier auf eigene Kosten einen Wall erstelle.

Auf die Frage von Herrn StV Koch nach der Bauzeit antwortet Herr Friauf dahingehend, dass diese noch unbestimmt sei. Zunächst werde nur Baurecht geschaffen. Die eigentlichen Bauarbeiten stünden immer unter dem Motto: „so schnell und schonend wie möglich.“

Herr StV Philipp Hesse fragt wegen der Fußgängerbrücke an der Hofwiese nach, ob dort eine Treppe vorgesehen ist. Hessen Mobil bestätigt, dass dort sowohl eine Auffahrt als auch ein Treppenaufgang geplant ist. Herr Friauf beantwortet eine Frage von Herrn StV Erber bezüglich der Verfahrensweise und der einzuhaltenden Fristen dahingehend, dass die Einbringung von Einwänden idealerweise während des Planfeststellungsverfahrens erfolgen sollte.

Herr Friauf erläutert weiter, dass der Baulastträger (Bund) maximal zwei zusätzliche Fußgängerquerungen pro Kilometer erlauben. Darüberhinausgehende Querungsmöglichkeiten müsste die Stadt auf eigene Kosten erstellen. Dies betreffe auch ein evtl. Bauwerk am Kronpfad, das bei der Planung nicht vorgesehen sei. Die geplanten Querungen haben eine Breite von jeweils 3,00 m. Die Fragen stellte Herr StV Götz.

Herr StV Hille hält die maximale Höhe von 2,50 m für Lärmschutzwälle aus städtebaulichen Gesichtspunkten grundsätzlich für richtig. In Richtung Neustadt sei aber an der Bundesstraße nur einseitige Bebauung, so dass dort durchaus der Lärmschutzwall auch höher sein könnte. Herr Friauf erläutert, dass hier der Idealfall eintrete, dass bei der maximalen Höhe auch der notwendige Lärmschutz eintrete. Herr StV Hille kritisiert, dass der aus Richtung Altstadt kommende Fußweg an dem Kreisel Hauptstraße/Bahnhofstraße schmaler werde. Herr Kunze bestätigt, dass aufgrund der Grundstücksverhältnisse eine Verengung geplant sei. Im Rahmen des Verfahrens bestehe aus städtischer Sicht die Möglichkeit, diesen Punkt in ihre Stellungnahme einzubringen. Herr StV Götz bemängelt, dass der Radweg am Kreisel endet. Herr Friauf entgegnet, dass durch den breiten

Ausbau auf dem Kreisel genügend Platz sei und außerdem die Verkehrsteilnehmer nur auf jeweils eine Rampe (von der Bundesstraße) achten müssten. Auf die Frage von Herrn StV Feldpausch erläutert er weiter, dass auf dem Kreisverkehrsplatz wesentlich geringere Verkehrsströme zu erwarten seien als unten auf der Bundesstraße. Die Querung der Rampe sei daher auch für weniger mobile Menschen problemlos möglich. Zur Sache spricht noch Herr StV Waldheim.

Zu einem von Herrn StV Hille eingebrachten Themenkomplex erläutert Herr Friauf, dass der neue Weg zwischen Holzweg und Heckenpfad zur rückwärtigen Anbindung eines Teiles des dortigen Wohngebietes dient. Vor dem Parkplatz der Gaststätte „Zum Bärenschießen“ befinde sich bereits ein Wegegrundstück, das noch als solches gekennzeichnet werden könne. Die Beleuchtung des Weges sei Angelegenheit der Stadt. Die gemeinsame Nutzung des neuen Weges zur Anbindung der Gaststätte von Fußgängern, Radfahrern und Pkw sei problemlos möglich.

Herr Ausschussvorsitzender Metz bedankt sich bei den Gästen von Hessen Mobil sowie bei den Teilnehmern für die sachliche Diskussion.

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert abschließend, dass die Stellungnahme bis zum 10.10. 2012 vorliegen muss und die Angelegenheit bei der nächsten gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse am 20.09. 2012erneut behandelt wird.

Zu 3 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzenden

M e t z
Stellv. Vors.

H i l l e
Vorsitzender

Der Schriftführer

S c h u n k